

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

**Nr. 401 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag  
10.12.2009**

### **GRÜNE wollen Privilegien für Tierfabriken streichen**

**Initiative für höhere Standards bei Stallbauten gestartet**

Die Landtagsgrünen haben die Aufhebung der Privilegien für den Bau von Anlagen zur industriellen Tierhaltung gefordert. "Es ist absurd, dass überdimensionierte Agrarfabriken, die mit bäuerlicher Landwirtschaft nichts mehr zu tun haben, weiterhin die Privilegierung im Außenbereich nach dem Baugesetzbuch erhalten", sagte der agrarpolitische Sprecher **Christian Meyer** am Donnerstag (heute) in Hannover. Viele Kommunen und Bürgerinnen und Bürger beschwerten sich zu Recht über die zunehmenden Belastungen durch Emissionen, Gerüche, Feinstäube und Lärm aus diesen tierquälerischen Fleischfabriken. Meyer: "Wir wollen daher die Privilegierung ausschließlich auf die landwirtschaftlichen Betriebe beschränken, die ihr Futter auch zu mindestens 50 Prozent auf ihren Flächen selbst anbauen. Die Verwendung von Gen-Soja aus ehemaligen Regenwaldgebieten darf nicht noch unterstützt werden!"

Mit einem Entschließungsantrag wollen die Grünen die Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen und die Rechte von Bürgerinitiativen, Tierschutz- und Umweltverbänden bei der Planung solcher Stallbauten deutlich verbessern. "Riesige Hähnchen- oder Putenmastställe sind Industrieanlagen gleichzusetzen und auch so zu behandeln", sagte Meyer. Als ersten Schritt fordern die Grünen, dass sowohl die Öffentlichkeitsbeteiligung als auch Umweltverträglichkeitsprüfungen schon bei niedrigeren Tierbeständen als bisher vorgeschrieben werden. Außerdem müsse – so wie bereits bei Frischeiern praktiziert - billiges Fleisch aus Agrarfabriken endlich klar gekennzeichnet werden, damit die VerbraucherInnen Informationen über die Produktionsbedingungen erhalten.

#### **Antrag zum Thema:**

Antrag: Bäuerliche Landwirtschaft statt industrielle tierquälerische „Hähnchen-Highways“ in Niedersachsen - Für mehr demokratische Beteiligungsrechte von Kommunen und BürgerInnen bei der Massentierh (<http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de//cms/default/dok/318/318782@de.html>)